

# Eine Preisfrage



Realschule und Hauptschule sollen zur Integrierten Gesamtschule (IGS) zusammenwachsen – dafür muss Geld in die Hand genommen werden.

FOTO: KARSTEN KLAMA

VON TINA HAYESSEN

**Achim.** Hauptschule plus Realschule Achim gleich IGS: Das ist in etwa die Rechnung, um die es in der jüngsten Sitzung des Achimer Schulausschusses ging. Doch so ganz geht sie noch nicht auf. Es müssen einige ganz andere Rechnungen bezahlt werden, bis die Integrierte Gesamtschule für die volle Schülerzahl bereit steht. Einmal geht es darum, dass die Schulen zusammenwachsen, sich die Schulform ändert. Außerdem muss für die Inklusion baulich viel getan werden. Nur so können zukünftig Kinder mit und ohne Behinderung an der IGS unterrichtet werden. Gut 3,5 Millionen Euro, rechnet die Verwaltung, kostet die gesamte Umgestaltung bis 2023.

Mit diesem recht hohen Betrag unzufrieden zeigte sich die CDU. Sie stimmte zwar nicht gegen den Antrag, aber es gab Enthaltungen. Die Mehrheit der Stimmen kam dennoch für die Umstrukturierung, beziehungsweise den Kostenplan zusammen. Unter anderem waren die Christdemokraten daran interessiert, wie genau sich die Kosten verteilen. „Was ist für die Inklusion

und was für die IGS?“, fragte Petra Gölz die Verwaltung. Es kam eine lange Aufzählung von einzelnen Posten zurück, allerdings stand die Antwort auch in der Vorlage. Hier heißt es: „Auf die Umsetzung der notwendigen baulichen Maßnahmen zur Inklusion entfallen davon 1 873 000 Euro.“ Das würde bedeuten, dass genau 1,7 Millionen Euro für die Zusammenführung der jetzigen beiden Schulen zur IGS geplant werden. In der CDU fragte man sich laut, ob es da nicht noch eine Möglichkeit gibt, die Zahl nach unten zu korrigieren. Ratscherr Hans-Michael Paulat attestierte zunächst der IGS in Oyten „ganz hervorragende Arbeit“ und verwies dann darauf, dass man sich hier auch „Sponsoren und Wohltäter“ ins Boot geholt habe. Marco Vagt fragte nach öffentlichen Förderungen aus anderen Töpfen – etwa von Bund und Land. Steffen Zorn von der städtischen Grundstücks- und Gebäudeverwaltung (GGA) erklärte, es gebe von der Kreisschulbaukasse immerhin zinslose Kredite. Fachbereichsleiterin Wiltrud Ysker ergänzte, dass es für die Inklusion voraussichtlich Zuschüsse in Höhe von 50 000 Euro gibt.

Bürgermeister Rainer Ditzfeld zeigte zwischenzeitlich deutlich, dass er mit der Haltung, die die Gegner der IGS zeigen, nicht zufrieden ist. Zunächst hielt er fest: „Dass die IGS kommt, war eine demokratische Entscheidung.“ Er selbst, erinnerte der Bürger-

„Sie dürfen nicht als Appendix betrachtet werden.“

Enno Lork über Real- und Hauptschüler

meister, habe gegen die IGS und für die Oberschule – eine Schulform, die von Schwarz-Gelb präferiert wird – gestimmt. Nun müsse es aber gut sein mit den Kämpfen von Befürwortern und Kritikern. Zu der Trennung von Inklusions- und IGS-Kosten sagte er: „Das kann man doch gar nicht wirklich trennen!“ Grünen-Fraktionschefin Silke Thomas ergänzte: „Man sollte das jetzt nicht torpedieren.“ Und erinnerte daran, dass Kos-

ten für die Zusammenführung der Schulen auch dann anfallen würden, wenn man sich für eine Oberschule entschieden hätte. „Ansonsten hätten wir 2017 gar keine weiterführende Schule – abgesehen von den Gymnasien.“ Empört ob der Kritik von der rechten Tischseite war auch Cornelia Schneiderrungs. Die Sozialdemokratin fragte Paulat: „Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, jetzt an der Bildung zu sparen?“ Der Angesprochene blieb ob all der Antworten ruhig und hielt fest, dass er nicht plant, sich gegen die IGS und deren Umsetzung zu stellen, betonte aber, man werde sich in der CDU nicht die Bemerkungen zur Finanzierung schenken. „Uns geht es darum, zu fragen: Was kostet das eine, was kostet das andere?“

Eine noch ganz andere Thematik beleuchtete Enno Lork, der für den Stadtelternrat im Ausschuss sitzt. Bei all den Anstrengungen und baulichen Änderungen, die nun für die IGS-Schüler geplant werden, solle man nicht die jetzigen Schüler vergessen. Also die Kinder und Jugendlichen, die noch bis zum Ende ihrer Schulzeit Realschüler und Hauptschüler bleiben werden. „Sie dürfen nicht als Appendix betrachtet werden.“